

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des Kreisdirektors und Kämmerers Rainer Stratmann zur Einbringung des Haushaltes 2010 für den Kreis Unna

Herr Landrat,

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mich zunächst mit angenehmen Dingen beginnen. Der Landrat hat gerade eben unsere Gäste aus Nowy Sacz begrüßt. Dem möchte ich mich als zuständiger Dezernent für Kultur und Partnerschaften ausdrücklich anschließen. Die Studentinnen der Fachhochschule Nowy Sacz unter Leitung ihrer Dozentin Frau Matlag heiße ich hiermit noch einmal herzlich willkommen. Sie sind zwei Wochen zu Gast bei uns und absolvieren ein Praktikum an unseren Berufskollegs und Förderschulen. Die Studentinnen werden demnächst Deutschlehrerinnen an polnischen Schulen sein. Sie sind daher hervorragende Multiplikatoren für die Deutsch-Polnische Verständigung und Partnerschaft. Die Zusammenarbeit des Kreises Unna mit der wunderbaren Region Nowy Sacz in Südpolen existiert schon seit fast 20 Jahren, ein erfolgreiches Projekt, das es zu erhalten und auszubauen gilt.

Nun zum eigentlichen Teil meiner Rede, nämlich zum Haushalt 2010 – sicher nicht ganz so angenehm wie meine einleitenden Worte.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, jetzt hat es auch uns mit voller Wucht erwischt. Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Welt je gesehen hat, geht auch an uns nicht spurlos vorüber. „Wer geglaubt hat, das mache an den Toren der Kommunen halt, wird Lügen gestraft. Bund und Land müssen nun endlich erkennen, dass die Kommunen die konjunkturell bedingten Finanzierungslücken nicht ohne fremde Hilfen schließen können“ - so der erste Beigeordnete und Kämmerer der Stadt Unna Karl-Gustav Mölle, zugleich auch Vorsitzender der Kämmererkollegen im Kreis. Treffender könnte man die desolante Finanzsituation der Städte und Gemeinden und damit auch die des Kreises Unna nicht beschreiben.

Mit Blick auf Berlin und den gerade abgeschlossenen Koalitionsvertrag ist auch nicht ansatzweise eine Verbesserung zu registrieren. Im Gegenteil, die Finanzen der Kommunen werden sich eher verschlechtern als verbessern. Die Veränderungen im Steuerrecht und bei den Familien – so wünschenswert sie auch scheinen mögen - führen letztlich zu erheblichen Mindereinnahmen bei den Ländern und damit auch bei den Kommunen. Dies haben inzwischen auch die Ministerpräsidenten - gleich welcher Couleur – erkannt und äußerst kritisch bewertet. Einige von ihnen sprechen jetzt sogar schon vom Gang vor die Gerichte, geht es doch hier nicht um Millionen, sondern um Milliarden, die am Ende in der Kasse fehlen.

Die Städte und Gemeinden und auch der Kreis Unna sind strukturell unterfinanziert, so die Gemeindeprüfungsanstalt – eine unabhängige Prüfungsinstanz in ihrem letzten Prüfbericht. Und das war noch zu Zeiten, als niemand von einer Wirtschafts- oder Finanzkrise sprach. Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Entscheidungs- und Handlungsspielräume der Kommunen nicht nur bedroht sind, sie existieren faktisch nicht mehr. Eine Reform der Gemeindefinanzen ist daher mehr als überfällig.

Aber auch hier enttäuscht der Koalitionsvertrag auf der ganzen Linie. Das Thema steht zwar schon seit 30 Jahren auf der Agenda, getan hat sich aber praktisch nichts. Der Koalitionsvertrag sieht lediglich einen Prüfauftrag vor mit der Maßgabe, die Gewerbesteuer langfristig abzuschaffen und sie durch andere Steuern zu ersetzen. Das wirkt bedrohlich, ist doch die Gewerbesteuer trotz all ihrer Schwächen nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen.

Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in Berlin und auch in Düsseldorf immer häufiger Gesetze zu Lasten Dritter gemacht werden. Das ist juristisch zwar verboten, scheint aber mehr und mehr gängige Praxis zu werden. Berlin und Düsseldorf sind nicht soweit weg, wie manche denken.

Viele Entscheidungen, die dort getroffen werden, wirken sich unmittelbar und direkt auf die Lebensverhältnisse vor Ort aus.

Was bedeutet das nun für den Kreis Unna und für den Haushalt 2010. Wir haben stark sinkende Einnahmen und dramatisch steigende Sozialausgaben. Das war zwar auch in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten schon so, aber der Haushalt 2010 und die Prognosen für 2011 sprengen alles, was wir bisher erlebt haben.

Nun könnte man einwenden, Jammern gehört bei Kämmerern zum üblichen Handwerkszeug. Auch sollen Kämmerer dazu neigen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die öffentlichen Finanzen zu beklagen und das Ende der kommunalen Selbstverwaltung herbeizureden. Meine Damen und Herren, das liegt mir fern: Im Ernst, die beiden nächsten Haushalte werden wirklich richtig schwer, weil die Schere zwischen sinkenden Erträgen und steigendem Aufwand immer bedrohlicher auseinander klafft.

Wenden wir uns zunächst den Erträgen zu. Aufgrund der zurückgehenden Steuereinnahmen in Bund und Ländern und der stark sinkenden Steuerkraft vor Ort – wir haben in den Städten und Gemeinden dramatische Einbrüche bei den Gewerbesteuern – verlieren auch wir rd. 6 Mio. Euro netto. Weitere 2 Mio. Euro werden wir im Jahr 2010 mehr an den Landschaftsverband zahlen müssen.

Damit führen wir an den Landschaftsverband insgesamt rd. 78 Mio. Euro ab, das ist der größte Nettosausgabeposten im Kreishaushalt. Die wichtigste und vornehmste Aufgabe des Landschaftsverbandes ist die Hilfe für behinderte Menschen in Westfalen-Lippe – quasi von der Wiege bis zur Bahre. Der Landschaftsverband erfüllt diese Aufgaben wirklich gut, auch im Interesse der behinderten Menschen im Kreis Unna. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel, diese Aufgaben müssen bestens erledigt werden und das Geld dafür muss da sein. Jeder Behinderte – ob Kind oder alter Mensch - hat einen Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft. Es muss aber die Frage erlaubt sein, ob die kommunale Familie das allein bezahlen muss. Die Arbeit für behinderte Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich Bund, Länder und Gemeinden teilen müssen. Auch das gehört auf den Tisch, wenn es um eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen geht.

Für das Jahr 2010 erwarte ich allerdings vom Landschaftsverband, dass er „finanztechnisch flexibler“ reagiert als im letzten Jahr. Der Landschaftsverband hat ein – vorsichtig ausgedrückt - ansehnliches Eigenkapital und auch eine entsprechende Ausgleichsrücklage. Angesichts der Schwierigkeiten bei allen Städten und Kreisen muss auch der Landschaftsverband sein Eigenkapital einsetzen, um die Landschaftsumlage so niedrig wie möglich zu halten.

Insgesamt verschlechtert sich also die Ertragssituation um rd. 8,2 Mio. Euro, das allein sind fast 2 Punkte Kreisumlage mehr.

Das ist eigentlich schon schlimm genug, es kommt aber noch viel schlimmer, wenn man die Sozialaufwendungen für das nächste Jahr betrachtet. Die wesentlichen Kostentreiber sind die Unterkunftskosten, die Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen und die Grundsicherung. All dieser Aufwand beruht letztlich auf Bundesgesetzen, die in den letzten Jahren einvernehmlich mit den Ländern über den Bundesrat verabschiedet worden sind. Wir – die Städte, die Gemeinden und Kreise - waren weder direkt noch indirekt an diesen Entscheidungen beteiligt. Da wir keine eigenstaatliche verfassungsrechtliche Stellung haben, sondern als Teil der Länder gelten, müssen wir uns darauf verlassen, dass die Länder unsere Interessen wahrnehmen: Das ist offensichtlich in den letzten Jahren immer weniger der Fall gewesen.

Wir müssen hier und heute feststellen: Diese Gesetze von Bund und Land schränken die kommunalen Handlungsfreiheiten erheblich ein. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Rechtsansprüche von Jahr zu Jahr weiter anwachsen. Wir haben praktisch keine Möglichkeiten, diese Verpflichtungen in irgend einer Form zu begrenzen. So zahlen wir inzwischen für fast 40.000 Menschen im Kreis Unna die Miete einschließlich der Heizung und der Nebenkosten.

Mit dem grundsätzlichen Systemwechsel bei den Sozialaufgaben im Jahr 2005 sollten die Belastungen für die Kommunen langfristig abnehmen. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Von den damals versprochenen 2,5 Milliarden Euro zusätzlichem Gestaltungsspielraum ist nichts übrig geblieben. Wir werden von Jahr zu Jahr von den Kosten überrannt, ohne auch nur ansatzweise diesen Aufwand beeinflussen zu können.

Nun kann man sagen, der Bund beteiligt sich doch an den 90 Millionen Unterkunftskosten mit 20 Millionen Euro, das ist doch eigentlich gut. Aber bei Licht betrachtet ist das eher ein Skandal. Im gleichen Jahr, in dem wir rd. 13 Millionen Euro Mehraufwand haben, senkt der Bund seine Beteiligungsquote von 25,4 auf 23 %. Das allein macht für uns einen Betrag von rd. 2,1 Mio. Euro weniger, quasi ein halber Punkt Kreisumlage. Das ist noch in der letzten Kabinettsitzung der schwarz-roten Bundesregierung so beschlossen worden und wurde uns anschließend über die Medien mitgeteilt. Wäre der Bund bei dem ursprünglich verabredeten Zuschuss von 31 % geblieben, hätten wir anstatt der 20 rd. 28 Millionen Euro in unsere Kasse bekommen.

Aber nicht nur der Bund, auch das Land verhält sich da nicht viel besser. Von den ursprünglich 6,6 Mio. Euro Wohngeldentlastungsgesetz im Jahr 2006 haben wir im letzten Jahr noch 700.000 Euro Erstattung vom Land bekommen. Wir klagen deshalb beim Verfassungsgerichtshof in Münster und hoffen darauf, dass wir wenigstens dort Unterstützung bekommen.

Allerdings heißt das noch lange nicht, dass auch Geld kommt. Selbst wenn man einen Prozess gewinnt, wird nicht immer bezahlt. Hier verweise ich auf die unendliche Geschichte beim Solidarbeitragsgesetz, wo sich das Land trotz eines eindeutigen Urteils weigert, den Kommunen das ihnen zustehende Geld zu zahlen.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht, ich sehe das nicht parteipolitisch – die politische Farbenlehre ist mir an der Stelle zweitrangig. Viel wichtiger ist, welche Wirkungen diese Entscheidungen von Bund und Land auf die kommunale Familie haben. Und hier muss man ganz nüchtern feststellen: Wir haben dabei in den letzten Jahren mehr und mehr verloren.

Weitere Kostentreiber sind die Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen und die Grundsicherung. Die Hilfe zur Pflege steigt von 20,7 auf 22,8, die Grundsicherung von 14,7 auf 16,5 Mio. Euro an. Das sind jeweils zweistellige Steigerungsraten. Auch das sind Bundesgesetze, die wir weder von der Größenordnung noch in der Ausführung entscheidend beeinflussen können. Jedes weitere Pflegeheim im Kreis Unna mit 80 Plätzen kostet uns rd. 1 Mio. Euro mehr - Jahr für Jahr. Wie man hört, sind mindestens noch 10 weitere Pflegeheime im Kreis Unna in Planung. Da kann sich jeder ausrechnen, was wir in den nächsten Jahren allein an Steigerung in diesem Bereich haben. Aber auch hier gilt, was ich eben zum Landschaftsverband gesagt habe: Niemand stellt in Frage, dass diese Leistungen den betroffenen Menschen zustehen, die Frage ist nur, ob wir das alleine bezahlen müssen oder ob es nicht auch Dritte gibt, die mit in der Verantwortung stehen.

Zurück zu den Zahlen: Wenn man nun den Mehraufwand und die Ertragsminderung ins Verhältnis zueinander setzt, ergibt sich für den Haushalt 2010 einschließlich eines erwarteten Fehlbetrages von rd. 4 Mio. Euro für 2009 ein Betrag von rd. 27 Mio. Euro, der nicht gedeckt ist. Das heißt im Klartext - und das fällt mir jetzt echt schwer das zu sagen: Der Hebesatz für die allgemeine Kreisumlage muss auf über 52 Punkte angehoben werden. Ich weiß, damit ist der Bogen praktisch überspannt. Aber, meine Damen und Herren, uns bleibt nichts anderes übrig als so zu verfahren. Wir haben kein Eigenkapital und keine Ausgleichsrücklage, wir sind zusätzlich mit rd. 3,5 Mio. Euro bilanziell überschuldet. Hätten wir Rücklagen, würde ich mit Sicherheit vorschlagen, die Hälfte dieses Mehraufwandes über die Kreisumlage und die andere Hälfte über eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage oder aus dem Eigenkapital darzustellen.

Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten alles getan, um Aufwand zu minimieren und Erträge zu steigern. Wir sind durch alle möglichen Haushaltssicherungen seit 1990 hindurchgegangen - und

haben am Ende immer wieder feststellen müssen, dass es nicht reicht. Wir haben Personal reduziert, Aufgaben abgebaut und mit den Städten und Gemeinden kooperiert, um effizienter zu wirtschaften. Wir haben heute kein Eigenkapital mehr, wir haben Aktien verkauft, wir haben kein Vermögen mehr, was wir flüssig machen könnten. Wir sind in die Vergeblichkeitsfalle gelaufen; alles was wir gemacht haben, war am Ende vergeblich.

Wären wir in der freien Wirtschaft, müssten wir entweder unsere Produktpalette grundlegend dem Markt anpassen oder Insolvenz anmelden. Da wir nun mal aber gesetzliche Aufgaben zu erfüllen haben, können wir nicht einfach bestimmte Aufgaben verändern oder einstellen. Wir können eben nicht die Unterkunftskosten streichen oder absenken, hier sind staatliche Aufgaben zu erfüllen.

So bitter das ist – das Finanzierungssystem für die Kreise ist nicht auskömmlich und völlig antiquiert – wir haben keine andere Chance. Der unabwendbare Aufwand ist auf die Städte und Gemeinden umzulegen, wenn er nicht anders zu decken ist. Das hat vor einigen Tagen auch der eben schon zitierte Vorsitzende der Kämmererrunde im Kreis Unna Karl-Gustav Mölle in einer Pressemitteilung wörtlich geäußert. Ich darf daraus zitieren: „Selbst mit den schärfsten Sparmaßnahmen ist die Finanzlücke des Kreises nicht zu schließen. Schon die heutige Finanzausstattung des Kreises wird den Anforderungen nicht mehr gerecht. Nach über 15-jährigen Haushaltssicherungsprozessen und der völlig unzureichenden Finanzausstattung sehen wir uns alle - Kreis, Städte und Gemeinden - nicht mehr in Lage, unser Aufgabenspektrum zu erfüllen. Bund und Länder genehmigen sich Milliardenkredite zur Zwischenfinanzierung der konjunkturell bedingten Fehlbeträge, mit welcher Begründung wird eigentlich das gleiche Recht nicht auch den Kommunen zugestanden? Die Städte und Gemeinden und der Kreis können gegen die Dimensionen dieser Fehlbeträge nicht ansparen, sie brauchen finanzielle Hilfe“ Zitatende Karl-Gustav Mölle. Dem kann ich mich uneingeschränkt anschließen und ebenfalls eine entsprechende Forderung in den politischen Raum hineinragen, damit auch endlich in Düsseldorf und in Berlin das Problem erkannt und die entsprechenden Schritte zur Rettung der kommunalen Finanzen eingeleitet werden

Meine Damen und Herren, alle Kolleginnen und Kollegen im Haus, jeder an seinem Platz, haben dazu beigetragen, dass trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten der Kreis Unna über die Jahre weg ein positives Profil entwickelt hat. Wir bieten hervorragende Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis. Bei allen finanziellen Problemen stehen wir in erster Linie in der Pflicht, serviceorientiert und bürgernah alle Anliegen der Bevölkerung optimal zu erfüllen. Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Lassen wir uns nicht reduzieren auf die Zahlbarmachung von Rechtsansprüchen im Sozialbereich. Zum Selbstverständnis eines Kreises und seiner Städte und Gemeinden gehört auch, dass ein Mindeststandard an kommunalen Leistungen nach wie vor möglich sein muss. Dazu zähle ich natürlich die Schulen, die Kindergärten, die Krankenhäuser, eine effektive Wirtschaftsförderung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Gesundheit und Kultur, all das, was unsere Region lebenswert und liebenswert macht. Es kann doch nicht richtig sein, dass das Land z.B. seinen Kulturerbe verdoppelt und wir hier alles zusammenstreichen müssen, was in Jahrzehnten aufgebaut worden ist. Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen: Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, jedem Kind ein Instrument zur Verfügung zu stellen. Man fragt sich natürlich, was diese wirklich hervorragende Landesinitiative soll, wenn es vor Ort keine Musikschulen mehr gibt, in denen die Kinder und Jugendlichen diese Instrumente erlernen können.

Lassen Sie mich zum Abschluss allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr Engagement und die hervorragende Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna danken. Ganz ausdrücklich und ganz persönlich möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Steuerungsdienst bedanken, die trotz unendlich viel Arbeit das ganze Jahr über es wieder einmal geschafft, uns diesen Haushalt zeitgerecht, übersichtlich und gut verständlich zu präsentieren. Ich nenne hier Heinz Appel und Ferdi Adam stellvertretend für alle im Steuerungsdienst.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen viel Erfolg. Soweit nicht schon verabredet, stehen wir Ihnen jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung, damit Sie am Ende die richtige Entscheidungen treffen können.

Vielen Dank und Glück auf